

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Vorspaltzeile 25 Hg.
Die Restzeile 70 Hg.

Bezugspreis:
Vierteljahr 1,95 Mk. ohne Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Oberhof, Attenhausen, Homburg, Eisenhütte.
Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 72.

Druck und Verlag:
Buchdr. Feinr. Müller, Nassau (Lahn).

Dienstag, 24. Juni 1919.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

42. Jahrg.

République Française.

Administration des Territoires
Allemands Occupés.

CERCLE D'UNTERLAHN.
(Hesse-Nassau).

Bekanntmachung.

Öffnung und Schließung der Wirtschaften.

Nach Befehl des Kommandierenden Generals des 9. A.-K. sind die Stunden des Öffnens und Schließens der Wirtschaften im Unterlahn wie folgt geregelt:

Öffnen — von 4 Uhr ab,
Schließen — 22 Uhr.
Die Wirtschaften sind Militärpersonen zu keiner Tagesstunde verboten.

Dies, den 16. Juni 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chatras, Major.

Bekanntmachung.

Ausnahmsweise können Kunstgegenstände, Juwelen und so weiter, deren Wert 1000 Mark übersteigt, in den Schaufenstern ausgestellt werden; ohne daß der Preis von außen sichtbar sei.

Dies, den 17. Juni 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chatras, Major.

Bekanntmachung.

Die Stadt- bzw. Gemeindevertretungen ersuche ich daran, daß
1. keine Bürgermeisterwahl,
2. keine Beamtenernennung
innerhalb des Kreises ohne meine Ermächtigung vorgenommen werden darf.

Infolgedessen ist die Wahl eines Bürgermeisters, die am 15. Juni in der Gemeinde Alzenbach stattfand und in den Zeitungen des Kreises in Form einer Lokalnotiz veröffentlicht wurde, ungültig.

Gemeinden, die einen Bürgermeister zu wählen haben, haben bei mir die Genehmigung einzuholen unter Angabe, welche Gründe zu dieser Wahl führen.

Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift wird die verantwortliche Behörde zur Anwesenheit gezogen.

Dies, den 17. Juni 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chatras, Major.

Wiesbaden, den 28. Mai 1919.

Dienstschreiben.

Zum Zweck der Einziehung der sogenannten „Gefangenenscheine“ (compuris) hat das Oberkommando bestimmt:

1. Die Scheine werden bei der Reichsbank-Niederstelle in Wiesbaden gesammelt, die ihre Abführung an die Reichsbank in Mainz veranlassen wird.

2. Die Besitzer der Scheine erhalten von der Bank eine provisorische Empfangsbcheinigung, die sie später gegen deutsches Geld umtauschen, wenn die Bank den Gegenwert von Frankfurt erhalten haben wird.

3. Die Lokalblätter werden eine Veröffentlichung bringen, in der die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht wird, daß diese Scheine, nach dem Ministerialbeschluss vom 18. März d. Js., vom 1. Juli d. Js. ab nicht mehr gültig sind und daß die Reichsbank die Auszahlung übernommen hat.

Demgemäß:
haben Sie die erforderlichen Anordnungen zur unverzüglichen Durchführung dieser Vorschriften zu erlassen. Für die im § 3 vorgesehene Veröffentlichung werden Sie Sorge tragen.

Die Reichsbank wird die nötigen Anweisungen erhalten.

Le Lieutenant Colonel Administrateur
supérieur du District de Wiesbaden.
Unterschrift.

Empfänger: Der Herr Regierungspräsident
in Wiesbaden.

Gesehen und genehmigt.
Der Chef der Militärverwaltung im Unterlahnkreis.

Chatras, Major.

Kabinettskrise?

c Berlin, 19. Juni. Die „Freiheit“ meldet aus Weimar: Die sechs Friedensdelegierten sind entschlossen für die Verweigerung der Unterschrift. Sollte die Nationalversammlung entscheiden, daß die Bedingungen zu unterschreiben sind, dann würde eine neue Delegation nach Versailles entsandt werden müssen. Eine Kabinettskrise ist sowohl für den Fall der Unterzeichnung als für den der Ablehnung sicher. Mit dem Rücktritt des Grafen Brockdorff und Scheidemann wird bereits gerechnet. Eine definitive Entscheidung ist frühestens Donnerstagabend, wahrscheinlich erst am Freitag vormittag zu erwarten.

Der Standpunkt der Reichsregierung am 18. Juni.

c Weimar, 19. Juni. Das Kabinett beschäftigte sich in gemeinsamer Sitzung mit der Friedensdelegation in viertägiger Generaldebatte mit den Gegenanträgen der Entente. Das Urteil der Reichsregierung hat sich seit Ergänzung der Mantelnote durch das inzwischen eingetroffene Memorandum nicht geändert. Sie steht auch jetzt noch auf dem Standpunkt: unerfüllbar und unerträglich. Die endgültige Stellungnahme wird nach einer Besprechung der einzelnen Reichsminister mit ihren Fraktionen und den einzelstaatlichen Ministern erfolgen.

c Weimar, 19. Juni. Für heute nachmittag ist eine Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung einberufen worden, die die endgültige Klärung über die Frage der Zeichnung oder Nichtunterzeichnung bringen wird. Nach Erklärung der einzelnen Parteien ist nicht daran zu zweifeln, daß die Mehrheit der Nationalversammlung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist.

Putsch in Berlin geplant?

c Berlin, 18. Juni. In Berlin gehen Gerüchte von großartig angelegten Putschen der Spartakusgruppe um, die für Freitag den Tag der Nationalversammlung, geplant sind. Es soll für den Fall der Verweigerung der Unterschrift unter den Friedensvertrag eine unabhängige Regierung ausgerufen werden. In parlamentarischen Kreisen wird dieses Gerücht bestritten. Die militärischen Kreise sind auf alle Eventualitäten gefaßt.

Ein Kompromißvorschlag.

c Weimar, 19. Juni. Heute vormittag traten die Führer der Mehrheitspartei zu einer Konferenz zusammen, um eine Kompromißformel zu finden, die weder eine glatte Annahme noch eine glatte Ablehnung der feindlichen Friedensbedingungen bedeutet.

Der Viererrat gegen Abschaffung der Dienstpflicht und Abrüstung.

c Berlin, 18. Juni. Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird aus Karlsruhe gemeldet: Wie der Pariser Vertreter der „Vosles Nationalen“ telegraphisch, lehnte der Viererrat jedoch den Vorschlag der Völkerkommission auf Abschaffung der obligatorischen Dienstpflicht in allen Staaten ab. Die Forderung einer allgemeinen Abrüstung wurde einstimmig abgelehnt.

Rücktritt des Kabinetts Scheidemann.

c Weimar, 20. Juni. Das Kabinett ist soeben zurückgetreten. Es wird die Geschäfte vorläufig weitergeführt, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

Noske oder David Nachfolger Scheidemanns?

c Weimar, 20. Juni. In politischen Kreisen nimmt man an, daß vielleicht der bisherige Minister Noske oder Dr. David mit der Bildung des Kabinetts betraut werden. Man darf wohl aus dem Rücktritt des Kabinetts Scheidemann schließen, daß das neue zu bildende Kabinett sich unter gewissen Voraussetzungen für die Annahme des Friedens erklären dürfte.

Die Mehrheitsparteien.

c Berlin, 20. Juni. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, daß nicht mehr anders übrig bleibe, als zu unter-

zeichnen. Auch die Zentrumsabgeordneten haben mit großer Mehrheit für die Unterzeichnung ausgesprochen. Dagegen lehnen die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-nationale Volkspartei die Unterzeichnung ab.

Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung.

c Weimar, 20. Juni. Die größte Wahrscheinlichkeit hat im Augenblick ein Kabinett aus Sozialdemokraten und Zentrum, das lediglich den Friedensvertrag unterzeichnet und dann einer neuen Regierung Platz macht. Für den Fall, daß es nicht gelingt, ein Kabinett zu bilden, hat auch der Reichspräsident Ebert seinen Rücktritt angekündigt.

c Weimar, 20. Juni. In politischen Kreisen wird erzählt: Ueber die Neubildung des Kabinetts läßt sich zur Stunde noch nichts Bestimmtes sagen. Graf Bernstorff wird als Minister des Äußeren genannt. Es wird damit gerechnet, daß Noske, Wiffel, Dernburg und Erzberger in das neue Kabinett eintreten werden.

Aussichten auf Erhaltung des bisherigen Mehrheitsblocks.

c Weimar, 20. Juni. Auch heute nachmittag waren die Fraktionen zu Sitzungen zusammengetreten und es besteht, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen Aussicht auf Erhaltung des bisherigen Mehrheitsblocks. Im Schloß finden zur Zeit in Gegenwart des Reichspräsidenten Verhandlungen statt, die die Neubildung des Kabinetts zum Gegenstand haben.

Reichspräsident Ebert bleibt.

c Berlin, 20. Juni. Mit einer Amtsüberlegung des Reichspräsidenten ist, wie die „V. Z.“ von maßgebender Stelle erfährt, nicht zu rechnen, obwohl er als Gegner der Unterzeichnung ziemlich disponiert erscheint. Die Stellung des Reichspräsidenten, gleichgültig, welche Auffassung er vertreten hat, wird verfassungsgemäß durch den Ausfall der Abstimmung in der Nationalversammlung nicht berührt.

Die Frage der Unterzeichnung.

Eine Mehrheit in der Nationalversammlung für die Unterzeichnung.

c Weimar, 20. Juni. Eine Mehrheit für die Annahme des Friedensvertrages ist gesichert. Innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion ist nach Rücktritt Scheidemanns vom Posten des Ministerpräsidenten die Zahl der beabsichtigten Mitglieder größer geworden und auch im Zentrum wird die überwältigende Mehrheit sich für die Annahme der Friedensbedingungen aussprechen.

Eine Note an den Verband.

c Weimar, 20. Juni. Das Kabinett, welches auf Ersuchen des Reichspräsidenten die Geschäfte weiter führt, hat beschlossen, an die Allierten eine Note zu richten, in welcher gesagt wird, daß in der deutschen Nationalversammlung eine Mehrheit nur zu haben und eine Kabinettsbildung nur möglich sein würde, wenn in bestimmten Punkten vor dem Verbande Einigenkommen gezeugt würde. In der Note wurde der Verband um Verhandlungen über diese Angelegenheit ersucht.

Ein Fühler.

c Weimar, 21. Juni. Wie die „Köln. Ztg.“ hört, hat der Reichsminister Erzberger bereits mit dem Verband Fühlung genommen und in Versailles angefragt, wie sich der Verband stellen würde hinsichtlich einer Abgiebigkeit in den bekannten Punkten, die die Ehre der deutschen Nation antasten. Daraufhin hat einstweilen der Verband unverbindlich durchblicken lassen, daß er einem Nachgeben in den Points d'honneur nicht abgeneigt sei. Auf Grund dieser Fühlungnahme soll jetzt ein offizieller Schritt in dieser Richtung unternommen werden. Man hofft bis Montag eine Antwort des Verbandes zu haben, und dann will man ein Kabinett bilden, dem auch die Demokraten wieder angehören können.

Eine Mehrheit in der Nationalversammlung f. Unterzeichnung.

c Weimar, 21. Juni. In den Besprechungen der Mehrheitspartei wird allgemein die Ansicht vertreten, daß eine Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedensvertrages unter allen Umständen in der Nationalversammlung vorhanden ist.

Im Staatenauschuß keine Mehrheit?

c Berlin, 21. Juni. Die „Tägliche Rundschau“ erfährt, daß im Staatenauschuß keine Mehrheit für die Unterzeichnung vorhanden sei. Die Stimmung in den süddeutschen Staaten für die Unterzeichnung ist nicht so stark, wie man in den letzten Tagen angenommen hat.

Zentrum für Unterzeichnung.

c Berlin, 21. Juni. Vom Zentrum sagt die „Germania“:
„Es wolle mit verhältnismäßigen Annahmen den Friedensvertrag unter Vorbehalt annehmen, und zwar gehe es von der Erkenntnis aus, daß eine Ablehnung der Bedingungen einen neuen Krieg bedeutet, von dem kein Mensch wisse, wie er auslaufen würde.“

c Weimar, 21. Juni. Die auf 11 Uhr beim Reichspräsidenten Ebert angelegte Konferenz, in der die angekündigte Bildung des Kabinetts Bauer erfolgen sollte, ist ergebnislos verlaufen. Die demokratische Fraktion hatte kurz vorher in ihrer Fraktionsitzung einstimmig beschlossen, sich an der Regierungsbildung nicht zu beteiligen. Dadurch war die Voraussetzung hinfällig geworden, daß Graf Bernstorff Minister des Äußeren wurde, Preuß das Reichsamt des Innern und Dernburg die Reichsfinanzverwaltung befehligten. Die Situation ist infolgedessen erneut äußerst zuspitzt.

Es ist nicht nur der eine Ausweg, daß die Sozialdemokratie und das Zentrum ganz allein die Mitglieder der Regierung stellen. Die sozialdemokratische und die Zentrumsfraktion traten sofort zusammen, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Das neue Kabinett.

Weimar, 21. Juni. In den ersten Nachmittagsstunden ist es gelungen, das neue Ministerium zu bilden. Es wird sich aus 8 Sozialdemokraten und 4 Zentrumsleuten zusammensetzen.

Es setzt sich wie folgt zusammen: Präsidium, Bauer; Aeuheres, Hermann Müller (Breslau); Inneres, Dr. David; Finanzen, Erzberger; Schatzamt, Mayer; Kaufmann; Post, Giesberts; Wirtschaftsministerium, Wiffel; Reichsarbeitsministerium, Schlöde; Reichs-Eisenbahnministerium, Bell (Liquidation der kolonialen Angelegenheiten); Reichswehrminister Noske, Ernährungsminister Schmidt.

Zur Unterzeichnung bereit.

c Weimar, 21. Juni. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: Die Nationalversammlung wird wie verlautet über Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung nicht abstimmen. Wann die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung stattfindet steht noch nicht fest. Das Kabinett will am Montag den Allierten mitteilen, daß es bereit ist den Friedensvertrag zu unterzeichnen mit Ausnahme des Schuldbekenntnisses und der Auslieferungspflicht.

Bemühungen um Erleichterung der Besetzung.

c Weimar, 21. Juni. Heute mittag haben sich die Abgeordneten aus den besetzten rheinischen Gebieten mit den Vertretern der Regierung zusammengefunden und eine Niederschrift beraten, in der diejenigen Bestimmungen Aufnahme finden sollen, die eine Erleichterung des Vertrages über die militärische Besetzung der Rheinlande betreffen. Die Beschlüsse werden nach Versailles telegraphiert werden.

c Berlin, 21. Juni. Wie die deutsche Waffenstillstandskommission berichtet, ist nach Mitteilung der französischen Befetzungsbehörden der Verkehr mit dem besetzten Gebiet vorläufig aufgehoben.

Die Verantwortungsfrage.

c Paris, 20. Juni. Aus New York wird gemeldet: Die Allierten sind entschlossen, ob nun der Vertrag unterschrieben wird oder nicht, alle jene Personen zur Verantwortung zu ziehen, die während des Krieges eine leitende Stellung inne hatten und dem Völkerecht zumider gehandelt haben.

